

# Greentrail: NABU sieht Schaden für Anwohner und Natur

## Naturschützer lehnen geplante Bike-Strecken im Wald des Goldhäuser Eisenbergs ab

**Korbach** – Der Korbacher NABU lehnt die geplanten Bike-Strecken im Wald des Goldhäuser Eisenbergs ab. Der „Landschaftspflegerische Begleitplan“ zeige, wie schwerwiegend die damit einhergehenden Eingriffe in den Wald werden sollen, wird in einer Pressemitteilung betont.

Der NABU sieht eine erhebliche Zunahme des Autoverkehrs, insbesondere an den Sommerwochenenden. Da die im Landkreis geplanten Trails nicht miteinander ver-

bunden seien und auch keine Radwegeverbindungen existieren würden, fürchtet der NABU, dass die Anfahrt der Biker primär per Auto erfolgen wird.

Besonders schwerwiegend für die Naturschützer sind aber die geplanten Eingriffe beim Bau und im laufenden Unterhalt der vier Streckenverläufe mit einer Gesamtlänge von 8600 Metern im Wald. Bereits jetzt sei der Eisenberg mit zahlreichen Wegen gut erschlossen. Zusätzli-

che Wege brächten eine weitere, starke Beunruhigung in das Gebiet, was Erholungssuchende und die Tierwelt beeinträchtigt.

So habe in diesem Jahr ein Uhu in unmittelbarer Nähe eines geplanten Trails gebrütet. Auch seltene Haselmäuse und die bedrohten Feuersalamander sieht der NABU gefährdet. Mit über 400 Pflanzenarten weise der Eisenberg eine ungewöhnlich hohe Artenvielfalt auf, die es zu schützen gelte.

„Leider sieht der aktuelle Planungsstand Ausgleichsmaßnahmen lediglich in einem kleinen Waldstück des Eisenbergs vor, der zudem noch von Wegen durchschnitten und beunruhigt bleiben soll. Unsere Verbesserungsvorschläge wurden von der Stadt Korbach nicht aufgegriffen. Das ist besonders enttäuschend, da ursprünglich eine einvernehmliche Planung in Aussicht gestellt worden war“, erklärte der Korbacher NABU-Vorsitzende

Dr. Peter Koswig. Nach Kenntnis des NABU würden auch viele Goldhäuser erhebliche Nachteile durch die Eingriffe befürchten. „Da mit Vorlage des Begleitplanes und diverser Stellungnahmen nunmehr ein vollständiger Überblick besteht, schlagen wir eine Informationsveranstaltung für die Ortsteilbewohner vor“, so Koswig. Danach solle eine demokratische Bürgerbefragung dieser direkt betroffenen Menschen erfolgen.